

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Ludwig Fellermaier MdB,  
Fraktionsvorsitzender der  
Sozialisten im Europa-  
parlament, und Mario  
Zagari, Vizepräsident des  
EP, zum Europaforum des  
Augsburger Bischofs  
Stimpfle

Seite 1/2

Horst Seefeld MdB und MdEP  
zur konservativen Stim-  
mungsmache gegen die  
Europawahlen

Seite 3

Peter Conradi MdB zollt  
dem Stuttgarter Oberbür-  
germeister Rommel Respekt

Seite 4

Harald B. Schäfer MdB zum  
Stand der Reaktorsicher-  
heit

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölnener Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 177

15. September 1977

Katholische Kirche darf kein Wahlkampfinstrument werden  
-----  
Toleranz und Respekt unverzichtbar für eine europäische  
Gemeinschaft

Von Ludwig Fellermaier MdB  
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen  
Parlaments  
und Mario Zagari  
Abgeordneter von Rom und Vizepräsident des Europäischen  
Parlaments

Je näher die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament  
ins Bewußtsein der Bevölkerung gelangen, umso deutlicher wird  
die Strategie der Verketzerung und Diskreditierung von demo-  
kratischen Sozialisten durch christlichdemokratische Poli-  
tiker und deren Hilfsgruppen.

Ein bemerkenswert trauriges Beispiel hierfür liefert in  
diesen Tagen der katholische Bischof von Augsburg, Josef  
Stimpfle. Der Bischof tritt am kommenden Wochenende als Ver-  
anstalter eines Europaforums in Ottobrunn auf, dessen The-  
menstellung und Teilnehmerkreis so eindeutig sind, daß die  
Wahlunterstützung für die Christdemokraten und Christsozia-  
len auch dem gutwilligsten Beobachter ins Auge springt.

Vollkommen unerträglich wird es jedoch, wenn Bischof  
Stimpfle die Nichteinladung sozialdemokratischer Europa-  
Politiker damit zu begründen versucht, daß katholische

Sozialdemokraten in einen Loyalitätskonflikt zwischen ihrer Kirche und ihren Parteien geraten könnten.

Diese Haltung Stimpfles muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Christlich demokratische Parteien haben keinen Ausschließlichkeitsanspruch auf die Loyalität christlicher Gläubiger. Ebenso wenig sollten die katholische Kirche und ihre Würdenträger eine einseitige Schiedsrichterrolle beanspruchen hinsichtlich der Vereinbarkeit von christlichem Glauben und verschiedenen politischen Überzeugungen.

Gerade bei einer europapolitischen Veranstaltung muß daran erinnert werden, daß in der Europäischen Gemeinschaft Millionen von Katholiken sozialistische und sozialdemokratische Parteien und deren Politiker wählen. Diese Gläubigen können und werden nicht akzeptieren, daß ein deutscher Bischof den Versuch unternimmt, eine künstliche Entfremdung zwischen ihrem christlichen Glauben und ihrer politischen Überzeugung aus wahltaktischen Gründen herbeizureden.

Es mutet geradezu seltsam an, wenn Bischof Stimpfle den italienischen Ministerpräsidenten Andreotti, einen christdemokratischen Politiker, einlädt, dessen einzige Chance, weiter an der Regierung zu bleiben, darin besteht, von einer kommunistischen Partei geduldet und unterstützt zu werden.

Europa wird weder ausschließlich christdemokratisch noch sozialistisch, liberal oder kommunistisch sein. Europas Chance in der Welt und in einer ständigen Veränderungen unterworfenen Gesellschaft kann nur darin liegen, seinen pluralistischen Charakter zu bewahren. Dies schließt das gleichberechtigte Nebeneinander verschiedener politischer und religiöser Überzeugungen mit ein.

Gegenseitige Toleranz und Respekt auch unterschiedlichen Meinungen gegenüber sind unverzichtbare Voraussetzungen einer Europäischen Gemeinschaft, die diesen Namen zu recht trägt.

Der katholischen Kirche fällt bei der Gestaltung der künftigen Entwicklung Europas sicher eine wichtige Rolle zu. Sie sollte es jedoch vermeiden, sich als Wahlkampfinstrument einer Partei mißbrauchen zu lassen und dadurch viele ihrer Gläubigen, die anderen Parteien nahestehen, vor den Kopf zu stoßen. (-/15.9.1977/ks/hgs)

Stimmungsmache gegen Europawahlen  
-----

Miesmacherei der Konservativen hilft den Anti-Europäern

Von Horst Seefeld MdB, MdEP

Obmann der Arbeitsgruppe "Europapolitik" der SPD-Bundestagsfraktion

In den letzten Tagen ist eine Debatte darüber entbrannt, ob die für das Jahr 1978 vorgesehene Direktwahl zum Europäischen Parlament tatsächlich in diesem Jahr oder erst im Jahre 1979 durchgeführt werden kann. Die Zweifel in die Einhaltung des Wahltermins 1978 wurden vornehmlich von christdemokratischen Politikern genährt. So bezweifelte der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im Europäischen Parlament, der deutsche Abgeordnete Klepsch, ebenso wie sein italienischer Kollege Colombo - der übrigens Präsident des Europäischen Parlaments ist -, aber besonders der CDU-Abgeordnete Jahn die Einhaltung des Datums. Herr Jahn hatte seine Erkenntnisse nach einem Besuch in London gewonnen und teilte im Anschluß daran mit, daß die Briten erst im Jahre 1979 wählen könnten.

Zunächst ist festzuhalten: Die Regierungschefs der neun EG-Staaten haben sich ohne Zwang während ihrer Tagung am 1. und 2. Dezember 1975 in Rom auf das Wahldatum Mai/Juni 1978 geeinigt. Die Zustimmung erfolgte auch durch die britische Regierung. Bislang haben weder Premierminister Callaghan noch irgendein anderer namhafter Repräsentant für die britische Regierung erklärt, die eingegangene Verpflichtung nicht einhalten zu können. Im Gegenteil, bei mehreren Anlässen haben der britische Außenminister und andere Politiker der britischen Regierung zum Ausdruck gebracht, daß ihrerseits alle Anstrengungen unternommen würden, daß die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1978 auch in Großbritannien durchgeführt werden können.

So bleibt die Frage: Was soll eigentlich die Stimmungsmache gegen Callaghan und seine Labour-Regierung zum jetzigen Zeitpunkt? Es besteht keine Veranlassung, an der politischen Glaubwürdigkeit der Regierung in London zu zweifeln. Dies steht auch insbesondere deutschen Abgeordneten nicht gut an. Warum versucht man nicht, in Anbetracht der besonderen Situation in Großbritannien, den Briten viel eher zu helfen? Die begonnene Miesmacherei hilft auf keinen Fall den Pro-Europäern in England, sondern ganz im Gegenteil: sie ist Wasser auf die Mühlen der Anti-Europäer.

Jetzt muß der britischen Regierung geholfen werden, ihre politischen Verpflichtungen einzuhalten und keine Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer Bemühungen aufkommen zu lassen.

(-/15.9.1977/ks/hgs)

## "Kühlen Kopf behalten"

Zum Interview des Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel (CDU)

Von Peter Conradi MdB

Ein nicht alltäglicher Vorgang: Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) gibt ein Interview zur Affäre um den Stuttgarter Schauspieldirektor Claus Peymann und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, läßt dieses Interview allen SPD-Bundestagsabgeordneten ins Fach legen. Anlaß sind nicht der Streit um den Stuttgarter Theatermann oder gar die provinziellen Attacken des Stuttgarter CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden Lothar Späth und seiner Biberacher CDU-Freunde. Anlaß ist die Art, in der sich Rommel mit Fragen des Terrorismus und unserer Reaktion darauf auseinandersetzt: "Wir betreiben das Geschäft der Terroristen, wenn wir hier nicht unserer Vernunft und unserer Verantwortung folgen, sondern der Erregung" und "...man darf jetzt nicht sagen: Alle, die irgendwie links sind oder die sich mal mit dem Problem der Anarchie beschäftigt haben, die versehen wir jetzt mit dem Brandmal des Sympathisantentums...".

Solche Äußerungen unterscheiden sich wohltuend von manchen Äußerungen führender CDU/CSU-Politiker in diesen Tagen. Wenn Sozialdemokraten dies anerkennen, steckt dahinter kein billiges taktisches Kalkül, etwa den Stuttgarter Oberbürgermeister gegen andere CDU-Leute auszuspielen oder ihn durch "Beifall von der falschen Seite" in seiner Partei zu schwächen. Uns geht es vielmehr darum, den Bürgern deutlich zu machen, daß es bei allen politischen Meinungsverschiedenheiten und bei allem notwendigen Streit zwischen den verantwortlichen Politikern auch Gemeinsamkeiten gibt, die wir gerade jetzt gegenüber der Herausforderung des Terrors stärken müssen.

Rommel: "Wir dürfen keinen Schritt von dem Wege abweichen, der uns in dieser Demokratie vorgeschrieben ist. Und dieser Weg heißt Gerechtigkeit. Dieser Weg verbietet es, bei einer augenblicklichen Erregung zu sagen, ich prüfe erst gar nicht, ob der schuldig oder unschuldig ist, ich werfe ihn der sogenannten öffentlichen Meinung zum Fraße vor" und an anderer Stelle: "Ich glaube, daß eine Demokratie als die beste aller möglichen Staatsformen ihre Probleme nur lösen kann, wenn sie diskussionsbereit ist und grundsätzlich Respekt vor der Meinung Andersgesinnter hat."

Das sind Äußerungen, die eine tragfähige Basis unter Demokraten herstellen, auf der sich der notwendige politische Streit dann in einer Weise austragen läßt, die der Demokratie nicht schadet, sondern die sie stärkt. (-/15.9.1977/ks/hgs)

Gründliche parlamentarische Diskussion notwendig

Trotz hohem Stand der Reaktorsicherheit noch Schwachstellen bei der  
Nutzung der Kernenergie

Von Harald B. Schäfer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Reaktorsicherheit und Strahlenschutz" im Innenausschuß

Die gestrige nichtöffentliche Anhörung des Ausschusses für Forschung und Technologie und der Mitglieder der Arbeitsgruppe "Reaktorsicherheit und Strahlenschutz" des Innenausschusses mit Sachverständigen zum Thema "Reaktorsicherheit" hat erneut die Notwendigkeit einer gründlichen und umfassenden parlamentarischen Diskussion der mit der Kernenergienutzung zusammenhängenden Fragen ergeben. Als vorläufiges Ergebnis des Hearings läßt sich festhalten:

1. Trotz des national und international anerkannten hohen Standes der Reaktorsicherheit in Deutschland bestehen noch Schwachstellen - etwa in der Frage des Schutzes im Falle militärischer Angriffe, um nur ein Beispiel zu nennen.
2. Es muß geprüft werden, wie bzw. ob das vorhandene Restrisiko gemindert werden kann - etwa durch den Bau unterirdischer Anlagen oder durch Änderung der Auslegung.
3. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis muß gegebenenfalls durch eine Novellierung des Atomgesetzes sichergestellt werden, daß mit dem weiteren Zubau kerntechnischer Anlagen das Restrisiko nicht wächst, sondern zumindest konstant bleibt.
4. Eine isolierte Betrachtung oder Entscheidung eines Teiles des gesamten Brennstoffkreislaufs - etwa nur der Reaktorsicherheit, der Wiederaufarbeitung oder Endlagerung - ist nicht sachgerecht.
5. Es muß politisch entschieden werden, ob reaktorlinienübergreifende Sicherheitskriterien den Bau und der Betriebnahme von kerntechnischen Anlagen durch das Atomgesetz vorzugeben sind oder sich die Festlegung dieser Kriterien, wie etwa bei den Leichtwasserreaktoren zum großen Teil erst aufgrund der Betriebserfahrungen ergeben.

Die Anhörung bestätigte, daß die Formulierung des Atomgesetzes, hier Paragraph 7 Absatz 2, 2 Stand von Wissenschaft und Technik, keine reaktorlinienübergreifende orientierende Sicherheitskriterien für die Diskussion und Entscheidung über die sogenannten fortgeschrittenen Reaktorlinien, wie etwa dem Schnellen Brutreaktor bietet. Dieser Tatbestand bekommt angesichts der aktuellen Brüterdiskussion und auf dem Hintergrund des Vorlagebeschlusses des Oberverwaltungsgerichtes Münster zum Schnellen Brüter eine besondere Bedeutung. (-/15.9.1977/ks/hgs)

+ + +